

Aus der Arbeit des Gemeinderates Gemeinderatssitzung vom 25.05.2023

BM Schurr eröffnete die öffentliche Gemeinderatssitzung und begrüßte alle Anwesenden. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht eingeladen. Einwände zur Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

TOP 1: Bürgerfragen

1.) Errichtung eines Tiny Haus auf Grundstück

Ein Bürger erkundigte sich, ob die Errichtung eines Tiny-Haus auf seinem bereits bebauten Grundstück möglich sei. BM Schurr führte aus, dass er dies für eine gute Idee hält. Er rät, dass das angedachte Vorhaben grob skizziert werden sollte, damit man es mit der Baurechtsbehörde vorab abklären könnte. Eine pauschale Aussage sei hier nicht möglich.

2.) Beleuchtung Außenbereich Kulturhalle

Ein Bürger führte aus, dass die Außenbeleuchtung zwischen Parkplatz und Kulturhalle ständigen mutwilligen Beschädigungen ausgesetzt sei und nun schon seit längerer Zeit nicht funktioniere. Er regte an, dass hier eine Beleuchtung angebracht werden sollte, welche dem Vandalismus weniger stark ausgesetzt sei. BM Schurr führte aus, dass man die Stadtwerke bereits um ein entsprechendes Angebot gebeten habe.

TOP 2: Rückblick vergangene Sitzung

1.) Steiner entlang des Staudamms am Reichenbachstausee

BM Schurr informierte, dass die Steiner entlang des Damms vom Kocher-Lein-Verband wieder angebracht werden.

2.) Abo-Gebühren Amtsblatt für Neukunden

BM Schurr gab bekannt, dass der Einhornverlag dem Vorschlag zugestimmt habe, dass für das zeitlich begrenzte Neukunden-Angebot die Abogebühren hälftig vom Verlag und der Gemeinde getragen werden. In diesem Zusammenhang werde auch die Neubürger-Begrüßungsmappe neugestaltet.

3.) Kohlpark

BM Schurr informierte, dass der Kohlpark nun wieder vollständig in Betrieb sei. Auch die Toilettenanlage könne jetzt wieder genutzt werden.

4.) StreetBuddy

BM Schurr teilte mit, dass die SteetBuddys gekauft und vom Technischen Dienst bereits aufgestellt wurden.

5.) Pflanzen im Sitzungssaal

BM Schurr ließ wissen, dass die Pflanzen im Sitzungssaal wieder aufgepäppelt wurden und sich nun ein besseres Erscheinungsbild ergebe.

TOP 3: Baugesuche

1.) Flst. 358, Gewann Mühlhalde, Errichtung eines zweiten Waldkindergartens

Einstimmig erteilte das Gremium das gemeindliche Einvernehmen.

TOP 4: Vorstellung Herr Lange als neuer Geschäftsführer des Gemeindeverwaltungsverbands Schwäbischer Wald

BM Schurr begrüßte den neuen Geschäftsführer des Gemeindeverwaltungsverbands Schwäbischer Wald, Herr Lange, und erteilte ihm das Wort. Herr Lange stellte sich anschließend persönlich vor und ging auf die Aufgaben als Geschäftsführers und auf die Aufgaben des Gemeindeverwaltungsverbands ein. Er führte aus, dass der Gemeindeverwaltungsverband Schwäbischer Wald für die Mitgliedskommunen die Kämmerei- und Kassenverwaltungsaufgaben, die IT-Betreuung (teilweise), die Verwaltung des Flächennutzungsplanes sowie Teile der Personalangelegenheiten und des Standesamtes erledige. Er gehe davon aus, dass auch zukünftig die ein oder andere Aufgabe zum Gemeindeverwaltungsverband kommen werde. BM Schurr bedankte sich im Anschluss an die Vorstellung bei Herrn Lange für das Kommen.

TOP 5: Vortrag zum Gebäudesanierungsprogramm nAktiv
vertagt.

TOP 6: Wasserversorgung: Zuleitung Nassen-Lang - Trögle VII (Ringschluss)

- a) Vorstellung der möglichen Varianten
- b) Erteilung Planungs- und Ausschreibungsbeschluss

Um die Wasserversorgung des Wohngebiets Trögle VII dauerhaft sicherzustellen, wurde bei einer Untersuchung durch das Ingenieurbüro Riker+Rebmann empfohlen, eine weitere Zuleitung für dieses Wohngebiet Trögle entlang des Feldwegs Nassen-Lang – Trögle zu errichten, um so einen Ringschluss zu erhalten. Hierdurch könnten auch die Druckverhältnisse deutlich verbessert werden. Für die Verlegung gebe es zwei mögliche technische Ausführungen, welche von Herrn Straub vom Ingenieurbüro VTG Straub erläutert wurden.

Variante 1: Verlegung neben dem Feldweg

Die Trasse verlaufe (teilweise) auf privatem Grund neben dem Feldweg. Die Verlegung der Leitung auf privatem Grund könne jedoch nur erfolgen, wenn jeder Eigentümer dieser Maßnahme zustimme und der Leitungsverlauf mittels Dienstbarkeit gesichert werden könnte. Die Eigentümer wurden deshalb gebeten sich bis zum 13.04.2023 zu erklären. Die Kosten für die Variante 1 seien geringer als die der Variante 2.

Variante 2: Verlegung im Feldweg

Diese Variante sei kostenintensiver. Die Leitung verlaufe allerdings auf Grundeigentum der Gemeinde. Vorgesehen sei, dass die Wasserleitung in weiten Teilen mittels Spülbohrung verlegt werde. Die Kosten betragen rund 613.000 Euro.

Nach der Vorstellung im Gremium wurden verschiedene Punkt hinterfragt.

Ein Gremiumsmitglied erkundigte sich, ob die Kosten umgelegt werden können. Kämmerer Schmalz führte aus, dass diese Kosten auf die nächsten 50 Jahre auf alle Gebührenschuldner umgelegt werden können.

Ein Gremiumsmitglied führte aus, dass die Spülbohrung nicht ideal sei und regte an, dass die Leitung gegebenenfalls im linken/südlichen Grünstreifen verlegt werden könnte. Weiter müsse man auf die dort verlegten Drainagen achten.

Ein Gremiumsmitglied führte aus, dass die Sicherung der Leitungsrechte durch einen notariellen Vertrag sehr komplex sei und zu Schwierigkeiten führen könnte.

Herr Straub führte aus, dass man mit der Wasserleitung im öffentlichen Bereich bleiben sollte. Zum Bauverfahren führte er aus, dass das Spülbohren immer ein Blindverfahren sei.

Ein Gremiumsmitglied regte an, dass die offenen Punkte noch abschließend geklärt werden sollten und man dann nochmals beraten sollte.

Bürgermeister Schurr vertagte diesen Tagesordnungspunkt und bedankte sich bei Herrn Straub für die Erläuterung der Maßnahme.

TOP 7: Mühlweg: Sanierung der Wasserleitung und Wiederherstellung des Straßenkörpers

hier: Vorstellung der Entwurfsplanung und Ausschreibungsbeschluss

Das Gremium fasste in der Sitzung vom 30.03.2023 den Planungs- und Ausschreibungsbeschluss für die „Sanierung der Wasserleitung und die Wiederherstellung des Straßenkörpers des Mühlwegs“. Die Kostenschätzung der Gesamtmaßnahme belief sich auf rund 260.000 Euro (Brutto) inkl. Ingenieur (ohne Kanal). Im Haushalt stehen Mittel in Höhe von 272.000 Euro bereit. Nach erfolgter Planung wurde der Verwaltung die Kostenberechnung übermittelt. Diese belaufe sich nun auf 343.498,26 Euro zzgl. Ingenieur (ca. 15% = 51.230 Euro), so BM Schurr. Somit sei mit Gesamtkosten von voraussichtlich 400.000 Euro zu rechnen. Die Kostensteigerung sei darauf zurückzuführen, dass mit der Sanierung ein Ringschluss bei der Wasserversorgung erfolgen kann. Weiter seien kleine Teilbereiche der Susastraße (im Einmündungsbereich) mit enthalten, die man optional auch weglassen könnte. Da im Haushalt 2023 für die Maßnahme nur 272.000 Euro eingeplant seien, wurde von Seiten der Verwaltung darauf hingewiesen, dass bei einer Umsetzung der Maßnahme überplanmäßige Auszahlung in Höhe von ca. 128.000 € entstehen werden.

Einstimmig fasste das Gremium den Ausschreibungsbeschluss.

TOP 8: Vergabe Wegesanierungen 2023

Die Ausschreibung für die Straßensanierungen erfolgte beschränkt und beinhalte die Sanierung des Wegs zum Eigenhof (Teilabschnitt), den Kehleweg (Teilabschnitt) und den Weg zur Weggenziegelhütte. Die Kostenschätzung belief sich auf rund 133.500 Euro. Es wurden zehn mögliche Bieter angeschrieben, wovon sieben Bieter ein Angebot abgegeben haben. Das wirtschaftlichste Angebot wurde von der Firma Astra aus Schwäbisch Gmünd zu einem Angebotspreis von 168.987,32 Euro (Brutto) abgegeben. BM Schurr führte aus, dass einer Auftragsvergabe an den wirtschaftlichsten Bieter, die Firma Astra aus Schwäbisch Gmünd zu einem Angebotspreis von 168.984,32 Euro auf Basis des Hauptangebots aus fachtechnischer und wirtschaftlicher Sicht nichts im Wege stehen würde.

Das Gremium vergab einstimmig den Auftrag für die Wegesanierung 2023 an die Firma Astra aus Schwäbisch Gmünd zu einem Angebotspreis von 168.987,32 Euro.

TOP 9: Teillösung für LKW-Verkehr in der Eugen-Hahn-Straße

BM Schurr führte aus, dass die Sachlage bereits öfter diskutiert wurde und von Seiten des Landratsamtes nichts Neues vorliege. In der letzten Sitzung wurde bekannt gegeben, dass Gespräche mit den Geschäftsführern der größer betroffenen Betriebe stattgefunden haben. Dabei wurde folgendes Vorgehen vorgeschlagen:

- Gehweg absenken (im Bereich Bauhof / Eugen-Hahn-Straße)
- Gehweg als Schotterung herstellen
- Baumfällen (im Bereich des Bauhofes)
- Ruhebank versetzen

Für die ersten zwei Punkte (Absenkung und Einschotterung) wurden vom Ingenieurbüro VTG-Straub Kosten von ca. 5.000 € angesetzt. Dies könnte im Rahmen des Jahresbaus erfolgen. Damit würde ein großer Teil des Problems gelöst, so BM Schurr.

BM Schurr führte aus, dass in der Beschlussvorlage stehe, dass der dortige Baum gefällt werden sollte. Das wäre, was die Rangiersituation angehe, das i-Tüpfelchen. Da es hier jedoch Differenzen gebe, wird vorgeschlagen, den Beschluss dahingehend abzuändern, dass von der Fällung des Baumes abgesehen wird. Beschlossen werden soll zunächst nur die Absenkung und die Einschotterung, wie vorgestellt.

Das Gremium schloss sich dem Vorschlag der Verwaltung an, den Bordstein abzusenken und den Gehweg einzuschottern.

TOP 10: Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für den Zeitraum 2024-2028

Hauptamtsleiter Weller führte aus, dass von Seiten der Gemeinde Spraitbach bis spätestens 23.06.2023 die Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen aufgestellt werden muss. Entsprechend der Verwaltungsvorschrift des Justiz-, Innen- und Sozialministeriums über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Schöffen und Jugendschöffen sind in die Vorschlagsliste mindestens doppelt so viele Personen aufzunehmen, wie der Präsident des Landgerichts Ellwangen bestimmt hat. Mit Verfügung vom 20. Februar 2023 wurde mitgeteilt, dass von der Gemeinde Spraitbach mind. eine Person in die Vorschlagsliste aufzunehmen sei. Wählbar seien deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt wurde oder gegen wen ein Ermittlungsverfahren wegen einer schweren Straftat schwebt, die zum Verlust der Übernahme von Ehrenämtern führen kann, ist von der Wahl ausgeschlossen. Auch hauptamtliche in oder für die Justiz Tätige (Richter, Rechtsanwälte, Polizeivollzugsbeamte, Bewährungshelfer usw.) und Religionsdiener sollen nicht zu Schöffen gewählt werden. Neben formalen Kriterien sollen Schöffen auch über soziale Kompetenz verfügen, um das Handeln eines Menschen in seinem sozialen Umfeld beurteilen zu können. Schöffen in Jugendstrafsachen sollten in der Jugenderziehung über besondere Erfahrung verfügen. Das Amt eines Schöffen verlangt in hohem Maße Unparteilichkeit, Selbstständigkeit und Reife des Urteils, aber auch geistige Beweglichkeit und – wegen des anstrengenden Sitzungsdienstes – gesundheitliche Eignung.

Wesentlicher Gesichtspunkt bei der Aufstellung der Vorschlagsliste sei es, dass der Gemeinderat durch eine individuelle Vorauswahl die Gewähr für die Heranziehung erfahrener und urteilsfähiger Personen als Schöffen biete.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 für die Geschäftsjahre 2024-2028 haben sich sechs Personen beworben. Aufgrund des ausgeübten Berufes eines Bewerbers (Polizeivollzugsdienst) wurden von Seiten der Verwaltung beim Beschlussvorschlag nur fünf Bewerber aufgeführt. Von Seiten des Gremiums folgten keine Einwände.

Der Gemeinderat beschloss, dass nachstehende Personen für die Wahl der Schöffen für den Zeitraum 2024-2028 in der Vorschlagsliste aufgestellt werden:

- Herr Dr. Klaus Dietmar Maraite, Spraitbach
- Herr Nicolas Eberhard, Spraitbach
- Frau Petra Masset, Spraitbach
- Herr Andreas Scheuvens, Spraitbach
- Frau Anette Scheuvens, Spraitbach

TOP 11: Breitbandausbau in Spraitbach

In den vergangenen Jahren sei das bestehende Kupfernetz der Telekom, zusammen mit dem Coaxialnetz der Vodafone, ausreichend gewesen, um die Bürgerinnen und Bürger mit vernünftigem Zugang zum Internet zu versorgen, so BM Schurr. Um nun künftig den Anschluss nicht zu verlieren, sollte auch in Spraitbach der Netzausbau vorangetrieben werden. Ziel dabei sei es, dass der Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen (TKUs) im eigenwirtschaftlichen Ausbau (ewA) erfolge und der Gemeinschaft damit keine Kosten entstehen. Andererseits kann der Betrieb eines Gigabitnetzes auch ein interessantes Investment sein. Daher sollte dem Thema ergebnisoffen gegenübergestellt werden.

Sollte kein ewA erreicht werden, wäre es möglich, Fördergelder zu beantragen. Durch den Beitritt zum Cluster West verbessere sich die Chancen für die Gemeinde Spraitbach wesentlich, Fördermittel aus dem Förderprogramm des Bundes zu erhalten, da die interkommunale Zusammenarbeit mit bis zu 75 Wertungspunkten (bei einem Zusammenschluss von min. 5 Kommunen) honoriert werde. Dadurch verbessere sich für alle Kommunen im Cluster West das Ranking im baden-württembergischen Vergleich. Um herauszufinden, ob TKUs am ewA Interesse haben, werde aktuell ein Markterkundungsverfahren (MeV) vorbereitet. Dieses werde voraussichtlich Ende Mai starten, so BM Schurr. Der Beschluss zum Clusterbeitritt könne noch bis zum Ende des Markterkundungsverfahrens (voraussichtlich Ende Juli) erfolgen.

Der Gemeinderat ermächtigte einstimmig die Verwaltung, nach Abschluss des Markterkundungsverfahrens für das graue Flecken Programm (Gigabit Richtlinie 2.0 des Bundes vom 31. März 2023), dem Cluster 4 (Cluster West) des Ostalbkreises, beizutreten.

TOP 12: Bekanntgaben und Verschiedenes

1.) Perspektiven Flüchtlingssituation

BM Schurr führte aus, dass von Seiten des Landratsamtes mitgeteilt wurde, dass ab dem Jahr 2026 mit aller Wahrscheinlichkeit die LEA in Ellwangen entfallen wird. Dies habe zur Folge, dass in den Kommunen die Flüchtlingszahlen ansteigen werden. Von Seiten der Gemeinde werde aktuell eine Kostenschätzung für die Elektrik für das Container-Gebäude in der Hirenbachstraße erstellt. Es sei vorgesehen, dass man im Nachgang einen Förderantrag zur Umgestaltung in eine Flüchtlingsunterkunft stellen werde.

2.) Information zum Kreuzungsbereich Höniger Straße / Eugen-Hahn-Straße hier: Sanierung bzw. Verlegung des Kanals

BM Schurr informierte, dass bei den Planungen zum Einmündungsbereich Höniger Straße / Eugen-Hahn-Straße aufgekommen sei, dass der Kanal ggf. umverlegt und aufdimensioniert werden sollte. Sobald man hier weitere Daten habe, werde man es im Gremium besprechen. Dies habe nun aber zur Folge, dass man die Neugestaltung des Einmündungsbereichs zunächst zurückstelle.

3.) Spendenkonto "Ukraine-Hilfe"

BM Schurr führte aus, dass auf dem Spendenkonto „Ukraine-Hilfe“ aktuell noch 974 Euro seien. Er schlage vor, dass dieser Betrag zunächst auf diesem Konto noch verbleiben sollte. Es sei vorgesehen, dass im Amtsblatt hierüber informiert wird. Das Gremium schloss sich diesem Vorgehen an.

4.) Verlegen eines Holzbodens auf dem Dachboden des Rathauses

Auf Nachfrage der Gemeindeverwaltung sprach sich das Gremium dazu aus, im Dachboden des Rathauses zunächst keinen Holzboden verlegen zu lassen.

TOP 13: Anfragen der Gemeinderäte

1.) Informationsfahrt Gemeinderat

Ein Gremiumsmitglied führte aus, dass nach drei Jahren Pause wieder eine Informationsfahrt für die Gremiumsmitglieder stattfinden sollte.

2.) Müll bei den Glascontainern in der Bullystraße

Ein Gremiumsmitglied führte aus, dass bei den Glascontainern in der Bullystraße laufend Hausmüll und anderer Abfall abgelagert bzw. abgestellt werde. BM Schurr führte aus, dass man mit der GOA im Gespräch sei und ggf. einen anderen Standort ins Auge fassen könnte. BM Schurr teilte weiter mit, dass kürzlich eine Person vom Ordnungsamt angetroffen wurde, welche Hausmüll dort entsorgt habe. Es wurde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und ein entsprechend hohes Bußgeld verhängt.

3.) Grünmüllcontainer

Ein Gremiumsmitglied erkundigte sich, ob bzgl. des Abladens des Grünmülls schon etwas erreicht wurde. Es sei nach wie vor sehr anstrengend, den Grünabfall die Treppe hochzutragen. BM Schurr führte aus, dass oftmals die hintere Türe des Containers geöffnet sei und es so einfacher sei, den Grünmüll abzuladen. Eine dauerhafte Lösung stehe allerdings noch aus.

4.) Stand Ortseingangstafeln

Ein Gremiumsmitglied erinnerte an die Neugestaltung der Ortseingangstafeln.

5.) Energieeinsparungen Winter 2022/23

Ein Gremiumsmitglied erkundigte sich, ob es eine Auflistung über die Einsparungen aufgrund der Absenkung der Raumtemperaturen im Winter 22/23 gebe.

6.) Gesunde Gemeinde

Ein Gremiumsmitglied erkundigte sich, weshalb das Projekt Gesunde Gemeinde, welches von Seiten des Landratsamtes begleitet wurde, nun endet. BM Schurr führte aus, dass diese Nachricht für die Verwaltung auch überraschend gekommen sei. Man hatte aber drei sehr gute Sitzungen/Treffen – jetzt gelte es die Projekte zu bündeln.

7.) Eröffnung Trail

Ein Gremiumsmitglied erkundigte sich, ob es schon einen Eröffnungstermin für den Trail gebe. BM Schurr führte aus, dass der zweite Teil des Trails momentan erstellt werde. Danach müsse noch die Abnahme durch den TÜV erfolgen. Sobald dies abgeschlossen sei, könne der Trail eröffnet werden.

Es schloss sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil an.